

i Fijáte!

Nachrichten • Informationen • Berichte zu Guatemala

No. 379 21. Februar 2007

13. Jahrgang

Im Land des funktionalen Analphatentums

Immer wieder werden landesweite Stichproben in Schulen durchgeführt, um den Leistungsstand des Bildungssystems zu überprüfen, oft mit erschreckenden Ergebnissen. Ähnlich resultieren die Statistiken von Jahrgangswiederholungen und gänzlichen Schulabbrüchen. Doch anstatt in eine verbesserte Ausbildung und Entlohnung der Lehrkräfte sowie eine Verbesserung der Lernumgebung und Förderprogramme zu investieren, widmet sich das Bildungsministerium lieber der Durchsetzung von Privatisierungsbestrebungen auf allen Ebenen und entzieht sich somit der Verantwortung.

Der folgende Artikel über die Lage der guatemaltekischen Lesegewohnheiten von Elmer Telon erschien am 31. Januar 2007 in der Tageszeitung *La Hora*, wohl bemerkt zu Beginn eines Wahljahres.

Guatemala ist kein fruchtbares Land, weder für das Lesen noch für die Künste. Die Intellektuellen des Landes sehen für sich zwei Möglichkeiten: mit Gelassenheit der rauen Umgebung standzuhalten, die sie verachtet oder den schmerzhaften Weg der Auswanderung einzuschlagen.

Das herrschende Bildungsmodell ist längst obsolet und schafft es nicht, tatsächlich zu bilden. Vielmehr ist es zu einer Massenproduktionsmaschine von funktionellen AnalphabInnen geworden.

„Die Bildung, die in der Grund- und weiterführenden Schule erteilt wird, ist mangelhaft. Beweis dafür sind die zahlreichen Studierenden, denen der Eintritt (per Aufnahmeprüfung, die Red.) in die staatliche *Universidad San Carlos von Guatemala* (USAC) verweigert wird, da sie nicht fähig sind, einen Text zu interpretieren“, beobachtet der Soziologe Carlos Guzmán Böckler. Laut diesem ist das Lesen einer der wichtigsten Motoren für den Aufschwung jeglicher Gesellschaft.

Schätzungen zufolge liest gerade einmal 1% der Bevölkerung Guatemalas regelmässig. Was sind die Ursachen für diese Apathie? Der Antworten gibt es reichlich und gemäss den ExpertInnen sehr unterschiedliche.

Nach Meinung der Doktorin für Kinder- und Jugendliteratur, Frida Morales, ist einer der zahlreichen Gründe, die man aufführen kann, das politische Desinteresse an der Entwicklung von Programmen, die das Lesen stimulieren. „Die Bildung, und in diesem Fall das Lesen, ist historisch schon immer ein politisches Instrument gewesen. Und die seltenen Versuche, dies ins Positive zu wandeln, waren Programme, die nicht von Dauer waren und andere sind isolierte Projekte geblieben.“

Die Schriftstellerin Margarita Carrera erachtet zudem die fehlende Wertschätzung der Kultur und in diesem Zusammenhang gegenüber allen Künsten von Seiten des Staates als eine der Ursachen für die Rückständigkeit des Landes. „In unserer Gesellschaft ist der Beruf der/s SchriftstellerIn verwerflich, ganz zu Schweigen von dem der Poetin/ des Poeten. Die Person des Jahres ist hier immer ein Unternehmer, der/die Intellektuelle gilt als einer dieser Unfälle am Rande, die nie-

manden interessieren“, meint die guatemaltekische Autorin und Poetin.

Der Soziologe Guzmán Böckler ist der Ansicht, dass es bereits in den Jahren des internen bewaffneten Konflikts eine exzessive Propaganda in Richtung Verdummung gab, in der beispielsweise das Mannsein und der Mut als unerlässlich verbreitet wurden. Daraus folge, so Guzmán, implizit die Verachtung des Intellektuellen und schliesslich die weit verbreitete Ablehnung der Lektüre.

Und die Armut?

Guzmán Böckler denkt, dass die Gründe für die geringe Lesegewohnheit auch in den ökonomischen und sozialen Konditionen zu finden sind, weist er doch darauf hin, dass „Guatemala [...] eine der lateinamerikanischen Nationen mit den höchsten Indizes der Ungleichheit (ist)“, eine Tatsache, die den Zugang zur Lektüre und Bildung für die Mehrheit der Bevölkerung schmälert.

Die ungleiche Verteilung des Reichtums hat sich nach Meinung des Soziologen auf die kulturelle und Bildungsrückständigkeit des Landes ausgewirkt. Selbst die Machtgruppen hielten es immer noch nicht für wichtig, dass die Bevölkerung gebildet sei, versichert Guzmán.

Viele der Mädchen und Jungen, die die öffentlichen Schulen besuchen, leiden an Unterernährung, und das in den städtischen Gebieten. In den ländlichen Zonen spitzt sich das Problem soweit zu, dass man das Kind, will man es unterrichten, regelrecht dem Elend entreissen muss, erklärt die Doktorin Morales mit Nachdruck.

Das moderne Leben

Zu diesen Aspekten muss man die Ansprüche des modernen Lebens hinzuzählen, vor allem in den Städten und urbanen Regionen. Mit César Aguilar, dem Herausgeber und Generalgeschäftsführer des *Wirtschaftskulturfonds*, gesprochen: „Das Lesen steht mit der Technologie in Konkurrenz, mit Computern und Videospiele, deren Vermarktungsfirmen über einen gewaltigen Etat für Wer-

bung verfügen.

Die berühmte „Flimmerkiste“, das Fernsehen, sei einer der stärksten Gegner, er stelle das Zentrum des Familienlebens dar, das Fenster zur Welt, zu einer Lebensform, die danach strebt, sich zu globalisieren. Morales ist überzeugt davon, dass die Ideologie-Verbreitung über diesen Kanal oft den schlecht orientierten Geist eines Kindes überschwemmt.

Die Mädchen und Jungen werden in den meisten Fällen und aus zahlreichen familiären Gründen praktisch durch das Fernsehen erzogen, durch das Stereotypen und Ideologien eines Systems wieder gegeben werden, die weit von der eigenen Identität entfernt sind, wodurch das Kind transformiert wird, das später ein/e entfremdete/r BürgerIn sein wird.

Nach Meinung von Margarita Carrera hat die Technologie schon fast den Punkt erreicht, den Verstand der Individuen zu jagen. Sie könne jedoch nicht einschätzen, ob es ein Zurück geben könnte, das ein Gleichgewicht finden könnte zwischen der Modernität und so grundlegenden Elementen wie dem Lesen.

„Die Kinder und Jugendlichen empfangen eine Unmenge an Botschaften, die Werbung bedrängt sie überall und ohne Werkzeuge an der Hand, sich ihr zu stellen, handeln sie impulsartig. Sie brauchen dafür noch nicht einmal viel Phantasie, denn es handelt sich um einen einspurigen Kanal, das Gehirn ist jedoch ein Muskel, der trainiert werden muss“, meint César Aguilar.

Deswegen sind sich die ExpertInnen einig darin, dass es in den Bildungseinrichtungen ein Gegengewicht zu diesem Bombardement geben müsse, dem die Kinder und Jugendlichen durch die Massenkommunikationsmittel ausgesetzt sind.

Einer der Erziehungsaufträge in den Schulen muss darauf ausgerichtet sein, eine guatemaltekische Ideologie für die GuatemaltekinInnen zu schaffen. Und dafür müssten all jene Legenden und eigenen Geschichten des Landes zur Hand genommen werden, wo die Literatur eine unersetzbare Säule darstellt.

Und was macht das MINEDUC?

Das Bildungsministerium (MINEDUC) behauptet, verschiedene Lese- und Schreibtests mit SchülerInnen vor allem in der Mittelstufe durchgeführt zu haben – mit wenig erfreulichen Ergebnissen. Laut ministerialen Informationen zeigt mehr als die Hälfte der Getesteten deutliche Mängel in der Interpretation von Gelesenem und fällt damit zurück in

den so genannten funktionalen Analphabetismus.

Olga de Motta, Referentin des Leserates des MINEDUC, berichtet derweil, dass die Institution das Lesen bei den SchülerInnen gefördert habe, so wie es die Iberoamerikanischen Vereinbarungen verlangten. Mit dem Programm „Alle ans Lesen“ habe das Ministerium gar alle Departements des Landes abgedeckt.

Ein Problem, mit dem das MINEDUC dabei konfrontiert wird, ist, laut der Schriftstellerin Carrera, die Tatsache, dass selbst die Lehrenden kein Vergnügen am Lesen finden. Diese verfügten eben auch nicht über die notwendigen Werkzeuge, um die Kinder zum Lesen zu animieren und anzuleiten. „Die Richtung dieses zweifelhaften Prozesses wird in dem Moment eingeschlagen, in dem ein Text ausgewählt wird, der ausserhalb der guatemaltekischen Realität spielt. Stattdessen wird ein Buch ausgesucht, das die Erlebnisse einer Lehrerin erzählt, die aber mit ganz anderen Problemen konfrontiert ist, als es sie in Guatemala gibt“, erläutert Morales. Die Pädagogin ergänzt, dass ein weiteres Hindernis darin besteht, dass die Lehrperson in Guatemala im Allgemeinen völlig erschöpft ist und kaum Anreize findet, um sich selbst besser vorzubereiten und somit ein würdigeres Gehalt anzustreben.

Welchen Beitrag leistet das Lesen?

In erster Linie „holt es uns aus der Herde heraus und erlöst uns davon, ein Individuum zu sein, das sich in irgendwelche Sachen flüchtet, um seine Haut zu retten und nicht die Verantwortung für sich selbst zu übernehmen“, meint Carrera. Ausserdem öffne das Lesen einem die Tür zur Welt des Wissens.

Morales ist der Ansicht, dass das Lesen die Person augenblicklich dazu bringt, nachzudenken, was sie zu allererst als Individuum stärkt, denn sie muss sich selbst kennen lernen. Eine Tatsache, die die lesende Person dabei anleitet, ihre Umwelt in Frage zu stellen und darüber nachzudenken, was sie als Realität kennt.

Nach Meinung des Herausgebers César Aguilar, besitzt jede Bevölkerung, die liest, mehr Information und umfassendere Hilfen, um sich in jeglichem Bereich zu entwickeln, sowohl in der Wissenschaft wie im Kulturellen. Für den Soziologen Guzmán Böckler stellt das Lesen eine vielfältigere Aktivität der Sprache dar, die uns Werkzeuge an die Hand gibt, selbst besser zurechtzukommen, indem wir eigene Kriterien entwick-

keln und uns zu Individuen mit der Fähigkeit zu einer eigenen Meinung entfalten.

Bemühungen der Zivilgesellschaft

Mit der Absicht, die Gewohnheit des Lesens in Guatemala zu fördern, wurde der *Leserat von Guatemala* (CLG) geschaffen, eine Vereinigung, in der Freiwillige der verschiedenen Sektoren der Gesellschaft teilnehmen. „Wir kämpfen darum, dass sich in Guatemala und Lateinamerika die niedrigen Lesequoten verändern“, sagt Miriam de Serech, Mitglied des Rates. Die Voluntärin berichtet, dass es von Seiten des Bildungsministeriums sehr wenige Anstrengungen gibt: „Es fehlt in den Schulen an Material und an einem Programm, das zum Lesen aus Vergnügen und nicht aus Pflicht anspricht. Deswegen hat der Leserat bereits einige Aktionen ins Leben gerufen, so die Fortbildung für Lehrende in Lesetechniken, Buchspenden für Schulen, Erfahrungsaustausch auf Kongressen und die Vergabe von Stipendien für Lehrende in Grund- und weiterführenden Schulen.“

Unter dem Begriff funktionalem/r AnalphabetIn versteht man diejenige Person, die eine formale Bildung erhalten hat, jedoch nur gelernt hat, die Zeichen zu erkennen. Sie kann also jeden Text lesen, ist aber nicht fähig, ihn inhaltlich zu verstehen oder zu interpretieren und es fällt ihr mithin schwer, eigene Ideen zu entwickeln und zu vertreten.

¡Fijáte!

Herausgegeben von:

Verein ¡Fijáte!

2502 Biel

PC: 30-516068-6

Redaktion:

Barbara Müller

Christiane Treeck

c-tree@gmx.net

Abos: ¡Fijáte!

Barbara Müller

Ankerstrasse 16

8004 Zürich

Tel. 01/ 241 44 43

E-Mail: barbara-m@bluewin.ch

Jahresabo: 100.- Fr.

Auslandsabo: 120.- Fr.

Förderabo: ab 200.- Fr.

E-Mail-Abo: 85.- Fr.

Erscheinungsweise vierzehntätiglich.

Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht.

www.guatemala.de/Fijate

Die Investitionen des Bildungsministeriums

Guatemala, 14. Feb. Neunzigtausend Jugendliche im letzten Schuljahr der mittleren Reife unterwarfen sich auch heuer dem Leistungstest in den Fächern Mathematik und Sprache, die seit Amtsübernahme von Ministerin María del Carmen Aceña 2004 regelmässig vom Bildungsministerium (MINEDUC) durchgeführt werden. Das Ergebnis: in seiner Mehrheit unbefriedigend. Nichtsdestotrotz meint das MINEDUC Verbesserungen in den Ergebnissen festzustellen und führte die neue Bewertungskategorie „hervorragend“ für diejenigen SchülerInnen ein, die sich von der Masse abheben. Die Resultate sollen den Schulen mitgeteilt werden, damit diese die entsprechenden Massnahmen treffen, die Qualität ihrer Lehre zu verbessern. Dabei ist diese eindeutig verknüpft mit den fehlenden finanziellen Mitteln, der mangelhaften Infrastruktur und dem fehlenden Lehrpersonal. Selbst die privaten Schulen lassen die Eltern lediglich glauben, dass ihre Investition in Form von Schulgebühren den Zöglingen auch eine bessere Ausbildung garantiert.

Die prekäre Situation in den öffent-

lichen – beitragsfreien - Schulen, die die Bereiche Vor-, Primar- und die ersten drei Jahre der Sekundarstufen umfassen, wurde zu Beginn dieses Schuljahres einmal mehr deutlich, als noch einen Monat nach Schulbeginn die mehr als 1,6 Mio. SchülerInnen in den schätzungsweise 17'000 öffentlichen Schulen auf die gesetzlich verankerte Schulspeisung verzichten müssen. Dies liegt angeblich an den Antragskomplikationen, die durch die Zuständigkeit des Innenministeriums für die Autorisierung der geforderten Schulvorstände zustande kommen, die sich um die Verpflegung zu kümmern haben.

Und während zudem den jährlich protestierenden und unter anderem höheren Lohn einfordernden LehrerInnen erzählt wird, es gäbe dafür keine Gelder, wurden noch im Dezember 191 Mio. Quetzales (ca. US-\$ 25,5 Mio.) an die *Organisation für Internationale Zivile Luftfahrt* (OACI) überwiesen, um die Umbauarbeiten des hauptstädtischen internationalen Flughafens La Aurora zu finanzieren. Laut der Abgeordneten des *Encuentro por Guatemala*, Nineth Montenegro, stammten dabei 3 Mio.

Quetzales aus dem Etat für Schultensilien, 1 Mio. für den Unterhalt von Schulgebäuden und ein weiterer Batzen aus dem Programm der Schulspeisung. Die Bildungsministerin Aceña erklärt derweil, es handle sich bei dieser Etatverschiebung um im letzten Jahr nicht ausgegebene Mittel. Sofort stellt sich die Frage, wie Schulspeisungsfonds übrig bleiben konnten, während 200'000 SchülerInnen diese Unterstützung gar nicht erhalten haben? Und unabhängig davon beantragt das MINEDUC eine Haushaltserhöhung von 786 Mio. Quetzales für 2007.

Unterdessen kündigt Aceña in Begleitung der Landesgeschäftsführerin von Microsoft, Melanie de Saravia, einen neuen Clou an: das in Guatemala als Pilotprojekt gestartete *Programm der digitalen Alphabetisierung*, das kostenlos alle über 14jährigen Guatemala-KInnen den Zugang zur Informatik erleichtern soll. Neben den 7'000 in weiterführenden Schulen bereits von Microsoft gespendeten Computern sollen nun entweder via Internet oder CD-ROM die in fünf Kurse aufgeteilten und mit einem Diplom gekrönten 115 Stunden Einführung erteilt werden.

Präsidentin Menchú?

Guatemala, 16. Feb. Anfang Dezember machte Rigoberta Menchú, Friedensnobelpreisträgerin und von der jetzigen Regierung als Botschafterin des Guten Willens zu Gunsten der Friedensverträge ernannt, noch eher langfristige Pläne, als sie bei einem Besuch in Costa Rica ankündigte, eine indigene Partei zu gründen, um für 2012 für die Präsidentschaftswahl zu kandidieren. „Ich werde eine der Schlüsselpersonen bei der Formierung dieses Instrumentes sein, das gerade entsteht“, versicherte sie mit dem Zusatz, dass die Indígenas Guatemalas, die 60% der Bevölkerung ausmachen, dem Beispiel des bolivianischen Präsidenten Evo Morales nacheifern wollen.

Doch die *Guatemalteckischen Vereinigung der indigenen BürgermeisterInnen und Autoritäten* (AGAAI) versagte Menchú bereits die Unterstützung für ihr Präsidentschaftsprojekt 2012, da ihr nach Ansicht des landesweiten Gremiums noch sehr viel fehle, um dem selbstpostulierten Anspruch gerecht zu werden, Repräsentantin der Mehrheit der Bevölkerung zu sein. Gemäss dem AGAAI-Präsidenten Alberto Aguilar, der Bürgermeister in Santiago Chimaltenango, Huehuetenango, ist, hätte Menchú keine Ahnung von den aktuellen realen Bedürfnissen der indigenen Völker und habe diese bislang auch in keiner Weise

unterstützt. Auch wenn sie in ihren Diskursen Anspielungen auf diesen Bevölkerungssektor mache, käme dieser in ihrer Praxis doch zu kurz.

Bei einer Pressekonferenz warnte der Sprecher des Gremiums, Carlos Guárquez, die Maya-Gemeinden vor der möglichen Bestechung ihre Führungsleute durch die parteipolitischen KandidatInnen. Vor der Stimmabgabe bei den nächsten Wahlen im September, dessen offizieller Prozess im Mai vom *Obersten Wahlgericht* (TSE) eingeläutet wird, sollten die WählerInnen sich die reale Offenheit der politischen Gruppierungen ansehen und schauen, ob sie tatsächlich Indígenas, Frauen und Jugendliche ohne Diskriminierung einbezögen. Anstatt gleich auf die Präsidentschaft zu spekulieren, sei es sinnvoller, so Guárquez, wenn die indigene Bevölkerung auf die politische Beteiligung auf lokaler Ebene setze.

Auch andere indigene Führungspersönlichkeiten, wie die Organisatoren des *III Kontinentalen Gipfels der indigenen Völker und Nationalitäten Lateinamerikas*, der im März in Chimaltenango stattfinden wird, raten Menchú, die indigene Bevölkerung zu konsultieren, um ein solides Projekt mit strategischen und repräsentativen Allianzen zu konstruieren. So begrüsst der Zuständigen

für den Gipfel, Jorge Morales, Menchús Kandidatur, doch die Aspirantin sollte sich der Basis auf Gemeindeebene nähern, um herauszufinden, was diese denkt. Rigoberta Menchú geht indes auf Risiko und gibt sich überzeugt: „Das Wichtigste ist, dass ich nicht als Rigoberta Menchú auftrete, sondern als indigene Bewegung, was mich begeistert. Ich bin mitten in der Politik drin, denn ich bin nicht alleine“. Und ihr Interesse an der Präsidentschaft hat sie inzwischen vorgezogen, auf die Wahlen in diesem Jahr.

Schon im Laufe des Januars wurde bekannt, dass sowohl die *Nationale Revolutionäre Einheit Guatemalas* (URNG) als auch das *Encuentro por Guatemala* (EG) um die Abgeordnete Nineth Montenegro mit der Maya-Quiché ins Gespräch kommen wollen, um ihre Kandidatur im Namen der jeweiligen Partei zu sondieren. Aufgrund von offener Ablehnung gegenüber ehemaligen Kampf-GenossInnen stehen die Chancen auf eine Beziehung zwischen Rigoberta und URNG nicht gut. Auch Montenegro zeigte sich nach erstem Enthusiasmus etwas zurückhaltender, als bekannt wurde, dass die indigene politische Vereinigung Winaq – Begriff

Fortsetzung Seite 4

Fortsetzung von Seite 3

in der Maya-Sprache Kaqchiquel für Ausgewogenheit und Integrität – jene von Menchú angekündigte Gruppierung ist, die diese als Aspirantin lancieren wird. Montenegro ist skeptisch angesichts der Gefahr, dass Winaq ihre Partei bloss als Trittbrett benutzen wird und das *Encuentro* gespalten werden könnte. Denn Rigoberta stellte ihr Forderungen hinsichtlich einer möglichen Allianz gleich klar: die kulturell gemischte Partei in spe Winaq beansprucht die Hälfte aller Kandidaturen, seien es Bürgermeister-, Abgeordneten- oder Posten in der Parteispitze. Wenn die Verhandlungen für Winaq nicht zufrieden stellend ausfallen, soll die Gruppierung eigenständig gestärkt werden, um 2011 ins Wahlrennen zu gehen. Dabei zählt Menchú auf namhafte MitstreiterInnen: Otilia Lux de Coti, Indígena, Mitglied der *Historischen Wahrheitskommission* CEH und ehemalige Kulturministerin unter der *Republikanischen Front Guatemalas* (FRG), der indigene Politologe Amilcar Pop und der Gründer der ArbeiterInnen-

gewerkschaft UNSITRAGUA, Byron Morales.

Unterdessen erscheint auch das linke Projekt MAIZ (*Breite Bewegung der Linken*, ¡Fijáte! 375), das von der URNG unterstützt wird, auf dem Plan und schlägt eine Dreierallianz vor zwischen Winaq, *Encuentro por Guatemala* und MAIZ. Damit sollen, gemäss der URNG-Abgeordneten Alba Estela Maldonado, Anstrengungen zusammengebracht werden, die auf ein einschliessendes Projekt aus sind, mit Inhalten zu Gunsten eines Nationenprogramms. Montenegro enthält sich derweil eines Kommentars, da der Vorschlag noch nicht persönlich an sie herangetragen wurde, er schaffe jedoch ein neues Szenarium und müsse analysiert werden.

Die Anthropologin Irma Alicia Velásquez weist derweil in einer Kolumne auf die Tatsache hin, dass die indigene Bevölkerung in besonderem Masse in Wahlphasen rassistisch konnotiert abgelehnt wird. Dabei weist sie sowohl auf die Zensur der Kommunikationsmedien gegenüber Indígenas als auch auf die Verweigerung der Veröffentlichung von

Wahlpropaganda der BürgerInnenkomitees hin, obwohl diese durchaus bereit wären, das Doppelte zu zahlen. Wenn eine bestimmte ethnische Gruppe versucht, ein solches Komitee oder eine politische Partei zu organisieren, tauchen Zeitungsseiten voller Abscheu auf, so Velásquez.

Und es ist Rigoberta Menchú selbst, die aufgrund eines fehlenden oder zumindest noch nicht kundgegebenen Regierungsprogramms bzw. eines entsprechenden Politikvorhabens für ihre angestrebte Präsidentschaft die Diskussion um ihr Projekt auf ihre Person, ihr Frau- und ihr Indigenasein beschränkt. Das sind zwei oder gar drei Aspekte, die in der patriachalen Gesellschaft Guatemalas, in der die rassistische und sexistische Diskriminierung an der Tagesordnung sind, eher eine Ressentimentbeladene Debatte anheizen. Gleichzeitig stellt allein die durch ihre Kandidatur-Ankündigung provozierte öffentliche Erörterung der Option einer indigenen Präsidentin in Guatemala einen enormen Schritt in Richtung Demokratisierung und Integration dar.

Migrationswarnung

Guatemala, 15. Feb. Das guatemaltekische Aussenministerium ist dabei, eine Warnkampagne zu starten, um die Bevölkerung des süd-westlich gelegenen Küstendepartements Escuintla anzuhalten, sich genau klar zu machen, welche Risiken sie eingehen, wenn sie sich ohne Dokumente auf den Weg in die USA machen. Die Behörden kündigten diese Massnahme in Folge der wachsenden Zahl tragischer Vorfälle an, denen guatemaltekische MigrantInnen sowohl in Mexiko als auch in den USA zum Opfer fielen.

Erst diese Woche verfolgten AgentInnen des mexikanischen *Nationalen Migrationsinstituts* (INM) zusammen mit der Bundespolizei in der Gegend von Arriaga, San Cristóbal de las Casas, im mexikanischen Bundesstaat Chiapas mit brutaler Gewalt eine Gruppe von MigrantInnen, unter diesen 44 Guatemaltekinnen, die sich auf einem Güterzug in Richtung Norden bewegten. Zahlreiche der Verfolgten, die bei dieser Jagd vom Zug sprangen und im Dunkeln wegrannten, wurden verletzt, eine Guatemaltekin verlor ihr Bein, da sie vom Zug ergriffen wurde. Informationen des INM an die mexikanische Presse zufolge, werde die Verletzte nach ihrer Krankenhausentlassung in ihr Heimatland deportiert und aus „gutem Willen“ käme das Regierungssekretariat für die Kosten der medizinischen Behandlung und die Verpflegung ihrer Begleitperson auf.

Die Vize-Aussenministerin Marta Altolaquirre gab in der Presse bekannt, dass die Warnkampagne auch in den Departements San Marcos, Huehuetenango und Quiché lanciert werden würde, die mit Escuintla die Regionen darstellen, aus denen die meisten MigrantInnen stammen. Altolaquirre wies die Migrationsinteressierten auf die Verschärfung der Kontrollen auf mexikanischem Terrain hin, wo bereits eine Grenzpolizei speziell zum Aufgreifen von undokumentierten Personen eingesetzt wurde. Seit Ankündigung durch US-Präsident George W. Bush während des letzten Jahres, die Einreise von so genannte „Illegale“ in die Vereinigten Staaten durch erhöhte Patrouillen, Repressionsmassnahmen gegenüber zivilen AktivistInnen und die sich im Bau befindenden Grenzmauer zu Mexiko einzuschränken, haben sich die Gefahren, den Weg nicht, wenn überhaupt, heile zu überstehen, deutlich erhöht. Dennoch, so die Erfahrung von MenschenrechtsaktivistInnen, würde diese Aussicht nichts an der Entschlossenheit der MigrantInnen ändern, die aus den grundlegenden Bedürfnissen erwächst, ihr eigenes und das Überleben ihrer in der Heimat verbliebenen Familien zu sichern.

Noch am Donnerstag der vorhergehenden Woche wurde ein guatemaltekischer Migrant im US-amerikanischen Tucson, Bundesstaat Arizona, getötet und eine Guatemaltekin verletzt, als mut-

massliche Kidnapper das Fahrzeug unter Feuerbeschuss nahmen, in dem die so genannten „Koyoten“ oder Schleuser die MigrantInnen transportierten.

Das guatemaltekische Aussenministerium forderte die US-amerikanischen Behörden auf, diesen Vorfall, den es als ausländerfeindlich motiviert verurteilt, aufzuklären, das *Menschenrechtsprokurat* (PDH) unterstützt diesen Appell, weist jedoch darauf hin, dass es sich bei diesem Fall um eine von vielen sehr ähnlichen Taten sowohl auf mexikanischem wie US-amerikanischem Gebiet handele.

Einer Studie der US-amerikanischen *Anti-Diffamierungsliga* zufolge, die die Aktivitäten von rassistischen Gruppen in den USA unter die Lupe nimmt, warnt derweil vor dem Wiederaufleben des Ku Klux Klans, der sich als neues Objekt seines Diskriminierungswahns die lateinamerikanischen EinwanderInnen ausgesucht habe.

Per Flugzeug und in Reisebussen werden monatlich im Schnitt 1'500 guatemaltekische MigrantInnen ohne Dokumente nach Guatemala zurückdeportiert, Anzahl aufgrund der verschärften Verfolgung steigend. Auch wenn diese Menge bereits im vergangenen Jahr üblich war, berichten MenschenrechtsbeobachterInnen, die die Deportierten bei deren Ankunft in Guatemala interviewen, dass bei den Festnahmen inzwischen deutlich mehr Gewalt angewendet würde.

Nein zum Minenabbau trotz ständiger Einschüchterungsakte

Guatemala, 15. Feb. Anfang der Woche haben rund 60'000 BewohnerInnen aus 64 Gemeinden von Concepción Tutuapa, Departement San Marcos, an einer von der Gemeindeverwaltung unterstützten Volksbefragung teilgenommen, dessen Resultat eindeutig ist: die entschiedene Ablehnung jeglicher Aktivitäten rund um den Abbau von Edelmetallen wie Gold und Silber. Damit fordern sie das Energie- und Minenministerium auf, die entsprechende von Präsident Berger ausgestellte Lizenz an das inzwischen berühmt-berüchtigte Minenabbauunternehmen Montana S.A. zurückzuziehen. Zum einen seien die Gemeinden vor Lizenzvergabe nicht ordnungsgemäss nach Konvention 169 der ILO konsultiert worden, zum anderen hätten sie sich schliesslich selbst kundig getan und seien nicht bereit, die vorhersehbaren Folgen wie Umwelt- und Wasserverschmutzung, Gesundheitsschäden und die sich durch den Abbau verbreitende Armut in der Region zu akzeptieren. Einer der Gemeindeführer sagte es ganz deutlich: „Wir wollen nicht die Probleme haben, mit denen die BewohnerInnen von Sipacapa und San Miguel Ixtaguacán (beides Munizipien von San Marcos, die Red.) konfrontiert sind, wo Montana bereits arbeitet.“ Hier wird das Projekt *Marlin* betrieben. Bei der Volksbefragung waren BeobachterInnen der Diözese von San Marcos, von internationalen Organisationen sowie MenschenrechtsaktivistInnen zugegen, die einem friedlichen Prozess beiwohnten.

Erst letzte Woche hatte eine Gruppe von BäuerInnen den Zugang zur Mine in Ixtaguacán blockiert, doch das Unternehmen hat gleich Anklage erhoben. Nur eine Woche später stürmte die *Zivile Nationalpolizei* (PNC) zwei Dörfer, um 10 führende Bauern festzunehmen, die sich dem Minenabbau widersetzen. Dabei wurden die Gesuchten im Morgengrauen mit Gewalt aus ihren Häusern geholt und verhaftet. Doch auch hier ist die Lage klar: „Es regiert das Gesetz dessen, der Geld hat“, resümiert Carlos Martínez, lokaler Repräsentant des *Menschenrechtsprokurats* (PDH).

Einstimmig forderten auch die Führungspersönlichkeiten und VertreterInnen zahlreicher Gemeinden um San Pedro Necta, Huehuetenango, von den Gemeindeautoritäten die Verabschiedung eines Abkommens, die die Exploration und den Übertageabbau von Minenressourcen in der Region unterbindet, mit dem Argument der Schäden an den Naturressourcen und für die menschliche Gesundheit durch die er-

wähnten Aktivitäten. Der Koordinator des *Rates der Mayavölker Chinab'jul* (COPMACH), Víctor Larios Velásquez, berichtet, dass bei dem kürzlichen Treffen mit VertreterInnen der Bürgermeisterei mehr als 2'000 BewohnerInnen anwesend waren und sich der Forderung anschlossen, auf die die Autoritäten eingingen. Zurückzuführen ist die Sorge der Bevölkerung darauf, dass im Dorf Chichimes Spuren von Grabungsarbeiten entdeckt wurden und vermutet wird, dass dort ohne Wissen der AnwohnerInnen Minenvorkommen untersucht wurden.

Unterdessen geht die Repression gegen Land- und UmweltaktivistInnen weiter. So wird der italienische Biologe Flaviano Bianchini von Unbekannten bedroht, der als Freiwilliger für die Umweltorganisation *MadreSelva* aktiv ist und vor kurzem die technische Wasseranalyse im Fluss Tzalá bei Sipacapa durchgeführt hat, die eindeutig Metallsuren im Wasserlauf nachweist und in Zusammenhang mit den Arbeiten der Goldmine *Marlin* steht. (¡Fijáte! 377)

Gegen die Direktorin der Vereinigung *FreundInnen des Izabal-Sees*, Eloyda Mejía (¡Fijáte! 371) liegt die Anzeige vor, sie würde unrechtmässig Ländereien in El Estor, Izabal, beanspruchen, die vermeintlich der *Guatemaltekischen Nickelkompanie* (CGN) gehören. In diesem Zusammenhang wurde Mejía bereits mehrere Male aufgefordert, vor den Richtern Aussage zu leisten. Für Mejía selbst ist dies eine Form der Einschüchterung, hat sie doch überhaupt nichts mit den Landräumungen in Izabal zu tun. (¡Fijáte! 377) Indes würde sie weiterhin die negativen Wirkungen öffentlich machen, die der Nickelabbau in der Region und der Transport des Metalls über den Izabal-See mit sich bringen.

Zu diesen Drohungen summieren sich bereits zwei bewaffnete Attentate auf Carlos Albacete und seine Frau Piedad Espinoza, die im Rahmen der Organisation *Trópico Verde* für die Sensibilisierung der Bevölkerung in der Region des Naturreservats *Biosfera Maya* hinsichtlich der Notwendigkeit der Anzeigerstattung von Zerstörungsakten an den natürlichen Ressourcen aktiv sind. Albacete erlitt leichte Verletzungen, seine Partnerin hat aus Sicherheitsgründen das Land verlassen.

Allein im Osten des Landes wurden innerhalb einer Woche vier AktivistInnen ermordet. Israel Carías Ortiz, der 33jährige Präsident der *BäuerInnenorganisation von Chiotos*, Zacapa, wurde mutmasslich von einer Gruppe erschossen, die offenbar dagegen ist, dass die

LandarbeiterInnen der nationalen Finca Los Achiotos ihre Rechte auf Land einfordern. Die Finca ist eigentlich im Staatsbesitz, aber Grossgrundbesitzer behaupten, dass sie ihr Eigentum sei. Der Mord fand zu einem Zeitpunkt statt, da die Gemeinde in einem Vermittlungsprozess steckt und bereits erreicht hat, dass ihnen die Finca demnächst überschrieben werden soll. Doch nicht nur Carías Ortiz kam bei dem Angriff ums Leben. Er war in Begleitung seiner beiden 9- bzw. 10jährigen Söhne auf dem Weg, um für seine kranke Mutter Medikamente zu besorgen, als ihnen der Weg von einer Gruppe von Personen abgeschnitten wurde, die alle drei unter tödlichen Beschuss nahmen. Carías und sein Vereinskollege Abelardo Roldán, der Mitglied beim BäuerInnenverband CUC ist, hatten schon seit geraumer Zeit von den *Finqueros* Drohungen erhalten.

Auch Vicente Ramírez López wurde in diesen Tagen im Alter von 33 Jahren ermordet. Er war Führungsperson der *Nationalen BäuerInnenkoordination* CNOC in Chiquimula, zuständig für den Osten des Landes und Vertreter der auf der Finca San José Las Lágrimas angesiedelten BäuerInnenfamilien im Munizip Esquipulas. Erschossen wurde er von zwei Männern, die angaben, den Befehlen des Militärs zu folgen. Für Daniel Pascual von der CNOC ist dies ein weiterer Beweis für das Vorhandensein eines Regierungsplans, die organisierten BäuerInnen aus dem Weg zu räumen. Auf der Finca San José besteht ein Konflikt um nationale Ländereien, die in der unmittelbaren Nähe zu Militärinstallationen liegen. Pascual warnte vor der Gefahr, dass die auf der Finca ansässigen Familien mit Gewalt vertrieben werden können. Die Übergabe von insgesamt rund 1'000 ha dieser Finca an 122 BäuerInnenfamilien wird vom Generalprokurat seit einiger Zeit herausgezögert. Fast zeitgleich und ebenfalls in Chiquimula wurde José Eduardo García entführt und Stunden später tot aufgefunden. Er hatte Demonstrationen gegen den öffentlichen Transport und für die Einforderungen sozialer Rechte organisiert.

Schon Mitte Januar wurde der Gewerkschafter Pedro Zamora im Ort Las Morenas, Iztapa, im Departement Escuintla ermordet und dabei sein dreijähriger Sohn verletzt. Zamora gehörte der *Gewerkschaft der Hafentarbeiter des Hafens Quetzal* an und hatte gemeinsam mit Kollegen seit einiger Zeit Korruptionsvorwürfe gegen das Hafenernehmen erhoben und die Wiedereinstellung von entlassenen Arbeitenden gefordert.

¡Híjole...! Die einmonatliche Kolumne von Fernando Suazo

Uff!

Das spanische Lexikon besagt, dass *¡uff!* ein Ausruf der Ermüdung, Atemnot und Abneigung ist. Ich finde kein besseres Wort, um auszudrücken, welche Gefühle viele von uns in diesen Zeiten umtun.

Die globale Erderwärmung, die masslose Gewalt, die Korruption der Regierenden, die Raffgier der grossen Unternehmen, die Unmoral der PolitikerInnen und all die anderen Verfallserscheinungen, die die Nachrichtenagenturen uns mitzuteilen entscheiden, all dies erstickt unseren Lebensnerv. Und man denkt sich: Wenn es so ist, wie wird erst das sein, was sie uns alles verheimlichen? Was passiert beispielsweise in Afrika? Uns überkommen Müdigkeit und Ekel, in dem Moment, in dem wir die Dimensionen des Chaos in unserer Welt betrachten.

Obendrein besudelt dieses Chaos nicht nur die Seiten der Zeitung oder den Fernsehbildschirm, sondern verkörpert sich im Verhalten der Leute und wird normal, verwandelt sich in eine Norm. Wenn zum Beispiel ein Auto ein Mädchen anfährt und tötet, ist es normal, ist es zur impliziten Norm geworden, dass das Auto wegrast. Und in dieser Art geben es die NachrichtenreporterInnen wider: der Täter hat Fahrerflucht begangen. Das ist letzte Woche in meiner Familie passiert.

Angesichts des Vorwahlpanoramas von Guatemala ist selbst der Aufschrei der Steine¹ derselbe: uff! Eine Kommentatorin schrieb vor einer Woche über die Monster, die vorhaben, sich in der Wahlkampagne wieder zu verwerten; und, ohne Zweifel bedingt durch den eingeschränkten Platz ihrer Kolumne, beschrieb sie lediglich drei oder vier dieser Exemplare: Kriegsverbrecher, Drogenhändler, Diebe, Staatsbetrüger...

Jenseits des Seegangs der Parteien beunruhigen die verborgenen Mächte, die die Wasser in Bewegung halten. Diese Mächte bewegen sich hinter grossen Interessen: Eines

davon sind die so genannten *Mega-projekte*, denen sich Präsident Berger wie einer Vollzeitaufgabe widmet: dem Minenabbau, den grossen Überlandstrassen und den Energiegeschäften. Ein weiteres Interesse verbirgt sich hinter dem Eifer der Völkermörder und ihren Komplizen ihre Straflosigkeit abzusichern. Und schliesslich gibt es den Drogenhandel und andere illegale Geschäfte mit ihrem Bedürfnis, Geld zu waschen, zum Beispiel in dem aufgewühlten Fluss der Bankkrisen; und, selbstverständlich, die Geostrategie der Vereinigten Staaten.

Es ist klar, dass sich diese Interessen nicht zeigen – es mag gar Leute geben, die sagen, dass es sich um unbedeutende Vergesslichkeiten in der *Pressefreiheit* handelt, die unsere *Demokratien* kennzeichnen -. So auch Herr Bush, der auf seiner Rundreise durch Lateinamerika nach Guatemala kommt, um die *kulturelle Vielfalt des Landes zu erleben*.

Es ist keine Rede von den Interessen der USA für unsere strategischen Mineralien, Interessen die zufällig mit denen einer gewissen lokalen antipatriotischen Oligarchie übereinstimmen. Und all das im Rahmen eines von beiden Ländern unterzeichneten Abkommens, das vorsieht, 7'000 nordamerikanischen SpezialistInnen während 10 Jahren für die *Entwicklung von Naturschutzgebieten* einzusetzen. Ausserdem werden sich 1'000 Marines – ausgerechnet im an Mineralvorkommen reichen Departement San Marcos – *humanitären Aufgaben* widmen. Was führen diese Mafiosi hinter den kursiv gesetzten Wörtern wohl im Schilde?

Und das ist nur ein klitzekleines Beispiel, das uns nichtsdestotrotz und unvermeidbar mit dem unumkehrbaren Wahnsinn verbindet, der im Irak ausgelöst wurde. Es ist einfach nur ein weiteres Beispiel dafür, bei dem die USA sagen könnten, dass sie daran interessiert seien, den *kulturellen Reichtum jenes Landes erleben zu wollen*, oder aber *die Demokratie aufbauen...*, soll heissen,

ihre Erdölprojekte voranzutreiben. Uff, was für ein Überdross, was für ein Widerwillen!

Zurück nach Guatemala, wo die hiesigen verborgenen Mächte die Arbeit der Umwelt- und MenschenrechtsaktivistInnen in Kreuzfeuer genommen haben. Die Drohungen vermehren sich gegen Organisationen, die Strafprozesse wegen Kriegsverbrechen in die Wege leiten, speziell den, den der Spanische Gerichtshof gegen Ríos Montt und andere Personen führt. Es wachsen die Drohungen und die Repression gegen kommunale AktivistInnen, die das Naturerbe verteidigen, ganz zu schweigen von der Repression und Wirkungslosigkeit der Staatsbehörden im Zusammenhang mit den Landkonflikten...

Wie gut, dass es immer einen Hoffnungsschimmer gibt, wie bedrängt auch immer er sein mag. Auch die erzürnte Erinnerung Lateinamerikas ist dabei, ihren Seegang zu steigern. Aus dem Süden erreichen uns Gerüchte einer Utopie: Venezuela, Bolivien... Und es scheint, dass die guatemaltekeische Linke in einem vereinten Projekt näher zusammenrückt. Rigoberta Menchú werde Präsidentin? Was geht da vor sich? Wer hätte das noch vor zehn Jahren den rassistischen Oligarchen erzählt?

Dennoch, damit wir den Ekel nicht vergessen, fehlt doch nicht der unendliche Zynismus des straffreien Völkermörders Ríos Montt, der die Kandidatur von Doña Rigoberta kommentiert: „Ich finde es gut, dass sie teilnimmt, dann lernt sie endlich, anstelle der Maschinengewehre und Munitionen, Gebrauch von den Wahlstimmen zu machen.“

Uff!

1 In Guatemala werden im Rahmen der Wahlpropaganda die am Rand der Überlandstrassen befindlichen Steine massenweise mit den Parteisymbolen bemalt. die Red.